

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XIII
 Erster Teil	
Das Thema und die Arbeitsweise .....	1
I. Sachlage und Rechtslage.....	1
II. Folgen der Aufhebungen von Ortsnamen .....	4
III. Die juristische Denkweise .....	11
 Zweiter Teil	
Verfahrensrechtliche Perspektiven.....	15
I. Vorfragen zu den Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofs über die Bescheidbeschwerden.....	15
1. Die Rechtsgrundlagen für Bescheidbeschwerden .....	15
a. Die Bescheidbeschwerde im B-VG.....	15
b. Die Bescheidbeschwerde im VfGG .....	15
2. Anmerkungen zu den zwei Bescheidbeschwerden .....	16
a. Die formale Beschwerdelegitimation .....	16
b. Die materielle Beschwerdelegitimation.....	17
c. Die Judikatur des VfGH zur Legitimation .....	18
d. Die Zuständigkeit des VfGH zur formalen Bescheidprüfung.....	20
e. Die Zuständigkeit des VfGH zur materiellen Bescheidprüfung .....	20
II. Die Erkenntnisse des VfGH über Bescheidbeschwerden gegen deutschsprachige Ortstafeln.....	22
1. Das Erkenntnis aus dem Jahr 2001 .....	22
2. Das Erkenntnis aus dem Jahr 2005.....	25
III. Ein Vergleich der zwei Erkenntnisse .....	28
1. Aufbau und Inhalt .....	28
2. Der Spruch über die Bescheidbeschwerden.....	28
3. Unerheblichkeit der Aufhebungen der Ortsnamen für die Erkenntnisse über die Bescheidbeschwerden .....	29
4. Der Spruch über die Verfahrenskosten.....	30
a. Die Rechtslage.....	30
aa. Allgemeine Vorschriften.....	30
bb. Für Bescheidbeschwerden: .....	31
cc. Für Verordnungsprüfungen von Amts wegen.....	31
dd. Für Individualanträge gegen Verordnungen .....	31
ee. Für Gesetzesprüfungen von Amts wegen .....	31
ff. Für Individualanträge gegen Gesetze .....	31
b. Der Spruch über die Verfahrenskosten in den zwei Erkenntnissen .....	31
c. Beispiele aus der Judikatur des VfGH zum Kostenersatz.....	33
aa. Verordnungsprüfungen von Amts wegen .....	33
bb. Gesetzesprüfungen von Amts wegen .....	33
cc. Individualanträge auf Verordnungsprüfung .....	34
d. Schlussfolgerungen.....	36

	Seite
5. Die schriftliche Ausfertigung von Erkenntnissen .....	38
a. Die Rechtslage.....	38
b. Subsidiär anwendbare Vorschriften der ZPO .....	40
c. Schlussfolgerungen aus diesen Vorschriften.....	41
IV. Die Prüfung von Verordnungen und Gesetzen	
durch den Verfassungsgerichtshof von Amts wegen.....	43
1. Die Rechtslage .....	43
a. Die Verordnungsprüfung im B-VG.....	43
b. Die Verordnungsprüfung im VfGG .....	44
c. Die Gesetzesprüfung im B-VG.....	45
d. Die Gesetzesprüfung im VfGG .....	45
2. Die zwei Erkenntnisse zur Verordnungs- bzw. Gesetzesprüfung von Amts wegen.....	46
a. Das Erkenntnis aus dem Jahr 2001 .....	46
b. Das Erkenntnis des Jahres 2005 .....	63
3. Ein Vergleich der zwei Erkenntnisse .....	67
4. Rechtswirkungen der Verordnungsprüfungen auf die Bescheidbeschwerden?.....	73
a. Das Erkenntnis des Jahres 2001 .....	73
b. Das Erkenntnis des Jahres 2005 .....	74
c. Die Mängelhaftigkeit der zwei Sprüche über die Aufhebung.....	74
V. Die Präjudizialität von Verordnungen und Gesetzen für Entscheidungen über Bescheidbeschwerden .....	75
1. Die Rechtsgrundlagen der Präjudizialität.....	75
a. Verordnungsprüfungen auf Antrag und von Amts wegen im B-VG.....	75
b. Verordnungsprüfungen auf Antrag und von Amts wegen im VfGG .....	76
c. Gesetzesprüfungen auf Antrag und von Amts wegen im B-VG.....	77
d. Gesetzesprüfungen auf Antrag und von Amts wegen im VfGG .....	77
2. Leitsätze aus der Judikatur des VfGH zur Präjudizialität für die Prüfung von Verordnungen und Gesetzen von Amts wegen .....	78
3. Eine Analyse der Judikatur .....	82
4. Rechtliche Kriterien der Präjudizialität für amtswegige Verfahren aufgrund von Bescheidbeschwerden.....	85
5. Stellungnahmen des Verfassungsgerichtshofs zur Präjudizialität von Ortsnamen .....	89
a. Die Präjudizialität im Erkenntnis aus dem Jahr 2001.....	89
b. Zur Präjudizialität im Erkenntnis aus dem Jahr 2005 .....	92
6. Problemperspektiven .....	95

Dritter Teil

Verfassungsrechtliche Perspektiven .....	101
I. Die föderalistischen Kompetenzen zur Durchführung von Staatsverträgen in Gesetzgebung und Vollziehung.....	101
1. Die Rechtsgrundlagen .....	101
2. Zuständigkeiten zur Durchführung von Staatsverträgen.....	103
3. Die Rechtsgrundlagen für Ortsbezeichnungen und Ortsnamen .....	108
a. Die Straßenverkehrsordnung 1960, BGBl. 159/1960 idgF.....	108
b. Die erste Verordnung für St. Kanzian.....	111
c. Die zweite Verordnung für St. Kanzian .....	111
d. Die erste Verordnung für Bleiburg .....	112

	Seite
e. Die zweite Verordnung für Bleiburg.....	112
f. Die Kärntner Allgemeine Gemeindeordnung (KAG) .....	113
4. Die Festlegung von Ortsnamen durch die Bundesregierung.....	113
5. Feststellungen des Verfassungsgerichtshofs zur Kompetenzlage.....	116
6. Ortsnamen und topographische Ortsbezeichnungen.....	118
7. Kompetenzrechtliche Folgen der Aufhebung einer Wortfolge im VolksgruppenG und in der TopographieV.....	120
<b>II. Die unmittelbare Anwendbarkeit von Staatsverträgen.....</b>	<b>123</b>
1. Die Vorschriften des B-VG .....	123
2. Allgemeiner Kommentar zu den Vorschriften des B-VG .....	124
3. Der Kommentar Öhlingers.....	129
4. Die unmittelbare Anwendbarkeit der Ziff. 3 im Art. 7 des Staatsvertrages in der Judikatur des VfGH.....	132
a. Das Erkenntnis des Jahres 1987 .....	132
b. Das Erkenntnis des Jahres 2000 zur Amtssprachenverordnung.....	137
c. Das Erkenntnis des Jahres 2001 .....	141
d. Das Erkenntnis des Jahres 2005 .....	143
5. Der „Wille des Gesetzgebers“ und der fundamentale Irrtum des Verfassungsgerichtshofs.....	144
6. Der Wille des Verfassungsgesetzgebers .....	147
7. Schlussfolgerungen .....	148
<b>III. Unbestimmtheiten im Art. 7 des Staatsvertrages in der Judikatur des VfGH.....</b>	<b>149</b>
1. Die Rechtsquellen.....	149
2. Die objektiven Unbestimmtheiten im Staatsvertrag.....	152
3. Die Sichtweise des Verfassungsgerichtshofs.....	154
4. Die Unbestimmtheiten der Kriterien des VfGH.....	159
5. Fazit.....	164
<b>IV. Die Prinzipien des Rechtsstaates und der Legalität.....</b>	<b>165</b>
1. Die Rechtsgrundlagen .....	165
a. Das Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) .....	165
b. Das Verfassungsgerichtshofsgesetz .....	166
2. Das Prinzip des Rechtsstaates aus historischer und heutiger Sicht .....	166
3. Der Rechtsstaat, die Legalität und der gesetzliche Richter in der Literatur und in der Rechtsprechung .....	169
a. Der Rechtsstaat .....	169
b. Die Legalität.....	177
c. Der gesetzliche Richter.....	182
4. Das differenzierte Legalitätsprinzip des B-VG .....	185
5. Das Legalitätsprinzip und der Verfassungsgerichtshof.....	186
6. Zum „Widerspruch“ des Volksgruppengesetzes und der Ortstafelverordnungen zum Art. 7 des Staatsvertrages .....	188
7. Die Gesetzesbindungen des Verfassungsgerichtshofs.....	192
a. Die Gesetzesbindung im B-VG .....	192
b. Besondere Aspekte der Gesetzesbindungen des VfGH .....	194
<b>Vierter Teil</b>	
<b>Verfassungsgerichtsbarkeit und Gesetzgebung.....</b>	<b>197</b>
I. Der Spruch zur Aufhebung von Verordnungen und Gesetzen.....	197

	Seite
1. Die Rechtsgrundlagen .....	197
a. Der Spruch zur Aufhebung von Verordnungen .....	197
b. Der Spruch zur Aufhebung von Gesetzen .....	198
2. Kommentar zur Rechtslage .....	200
3. Der Spruch in den zwei Erkenntnissen .....	201
a. Das Erkenntnis des Jahres 2001 .....	201
b. Das Erkenntnis des Jahres 2005 .....	202
4. Die Verbindlichkeit des Spruchs zur Aufhebung .....	204
a. Rechtswirkungen der Zustellung .....	204
b. Rechtswirkungen der Kundmachung .....	206
II. Der VfGH als „negativer Gesetzgeber“ .....	207
1. Die Aufhebung von Gesetzen in der Judikatur des VfGH .....	207
2. Rechtswirkungen der Aufhebung von Bescheiden .....	211
III. Die Entscheidungsgründe und ihre Verbindlichkeit .....	213
1. Die Entscheidungsgründe aus dem Jahr 2001 in ihrer Bedeutung für die Entscheidungsgründe aus dem Jahr 2005 .....	213
2. Leitsätze und Rechtssätze .....	216
3. Die „Verbindlichkeit“ von Entscheidungsgründen .....	219
IV. Der Verfassungsgerichtshof als positiver Gesetzgeber? .....	223
V. Grenzen der Verfassungsgerichtsbarkeit .....	231
1. Die Auswirkungen der Judikatur des Gerichtshofs und das Prinzip des Judicial Self-restraint .....	231
2. Die Bindung des Verfassungsgerichtshofs an seine Judikatur? .....	236
3. Verfassungsgerichtsbarkeit und Politik .....	244
VI. Gesetzgeber und Verfassungsgericht .....	248
1. Die Aufgabe des Gesetzgebers .....	248
2. Die Aufgabe des Verfassungsgerichtshofs .....	250
3. Grenzen der Gesetzgebung und Grenzen der Verfassungsgerichtsbarkeit .....	257
4. Die Fehlerhaftigkeit von Akten oberster Staatsorgane aus den Perspektiven der Gewaltenteilung .....	262

## Fünfter Teil

Der demokratische Rechtsstaat im Wandel? .....	269
I. Rechtshandlungen in ihrem Zusammenwirken .....	269
1. Aktivitäten oberster Staatsorgane aufgrund der Judikatur .....	269
a. Die Volksanwaltschaft .....	270
aa. Missstandsstellungen und Empfehlungen .....	270
bb. Die Anträge an den Verfassungsgerichtshof .....	273
cc. Die Begründung der Anträge .....	274
dd. Kommentar zur Begründung der Anträge .....	276
ee. Die Rechtsgrundlagen für die Anträge auf Verordnungsprüfung .....	280
b. Der Verfassungsgerichtshof .....	282
c. Die Bundesregierung .....	285
d. Der Nationalrat .....	286
e. Der Bundespräsident .....	286
2. Neuartige Wege zur Gesetzgebung? .....	288
II. Staatsfunktionen, Organpositionen und Amtswalter .....	291
1. Gegenseitige Abhängigkeiten und Verantwortlichkeiten der obersten Staatsorgane .....	291

	Seite
2. Organkompetenzen, Amtsbefugnisse und Amtspflichten .....	295
3. Verfassungsrechtliche und staatspolitische Konstellationen.....	297
4. Der Verfassungsgesetzgeber ist herausgefordert.....	300
Literaturverzeichnis.....	303